

Birgit Sauer,
Otto Penz

*Konjunktur
der Männlichkeit*
Affektive Strategien
der autoritären
Rechten

Konjunktur der Männlichkeit

Birgit Sauer ist Professorin i.R. für Politikwissenschaft an der Universität Wien. *Otto Penz* ist Soziologe und lehrte u.a. an der University of Calgary und Universität Wien.

Birgit Sauer, Otto Penz

Konjunktur der Männlichkeit

Affektive Strategien der autoritären Rechten

Campus Verlag
Frankfurt/New York

ISBN 978-3-593-51604-2 Print
ISBN 978-3-593-45110-7 E-Book (PDF)
ISBN 978-3-593-45111-4 E-Book (EPUB)

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Trotz sorgfältiger inhaltlicher Kontrolle übernehmen wir keine Haftung für die Inhalte externer Links.

Für den Inhalt der verlinkten Seiten sind ausschließlich deren Betreiber verantwortlich.

Copyright © 2023. Alle Rechte bei Campus Verlag GmbH, Frankfurt am Main.

Umschlaggestaltung: Campus Verlag GmbH, Frankfurt am Main.

Satz: le-tex xerif

Gesetzt aus der Alegreya

Druck und Bindung: Beltz Grafische Betriebe GmbH, Bad Langensalza

Beltz Grafische Betriebe ist ein klimaneutrales Unternehmen (ID 15985–2104-1001).

Printed in Germany

www.campus.de

Inhalt

Dank	7
1. Männlichkeit und die autoritäre politische Rechte: Einleitung	9
2. Affektive Konjunktur: Ein gesellschaftstheoretischer Interpretationsrahmen	27
3. Markt, Politik und Subjektivierung in der neoliberalen Konjunktur	41
3.1 Neoliberale Entgrenzungsdynamiken	41
3.2 Der neoliberale Staat	46
3.3 Neoliberale Subjektivierung	50
3.4 Affektive politische Mobilisierung und Demokratie	54
3.5 Autoritärer Kapitalismus: Affektive Hintergründe des rechten Aufschwungs	61
4. Transformation von Männlichkeit: Komponenten einer rechts- autoritären Konjunktur	63
4.1 Veränderungen der Erwerbsarbeit	64
4.2 Widersprüche der Sorgearbeit und der heterosexuellen Familie	70
4.3 Kampffeld Gewaltschutz	73
4.4 Frauen in der Politik und von der Frauen- zur Gleichstellungspolitik	75
4.5 Herausforderung von Männlichkeit? Ein Zwischenfazit	79
4.6 Sexuelle und geschlechtliche Identitäten im Wandel	81
4.7 Transformative Momente einer Konjunktur von Männlichkeit .	87

5. Anti-Gender-Mobilisierung der autoritären Rechten und rechtspopulistische Affektivität	89
5.1 Die Entstehung der Anti-Gender-Bewegung und der »rechtspopulistische Komplex«	92
5.2 Die Antagonismen der Anti-Gender-Mobilisierung	98
5.3 Moralische Panik: »Krise der Männlichkeit« als affektive Anrufung und emotionaler Exzess	115
6. Maskulinistische Identitätspolitik: Lösungsvorschläge der autoritären Rechten und Zuspitzung der männlichen Konjunktur .	129
6.1 Wiederherstellung von weißer Männlichkeit: Argumentative Muster	130
6.2 Rechtspopulistische Anrufung des »kleinen Mannes«	134
6.3 Die Affektivität maskulinistischer Identitätspolitik: Entschädigungsversprechen	136
6.4 Affektive männliche Vergemeinschaftung	138
6.5 Nationale und weiße männliche Konjunktur	141
6.6 Autoritarismen	143
6.7 Entdemokratisierung	147
7. Dystopie einer männlichen autoritären Konjunktur:	
Fazit und Ausblick	153
7.1 Merkmale der neuen autoritären Konjunktur	154
7.2 Konservative Parteien als Teil der autoritären Konjunktur	160
7.3 Alternativen zur neuen rechts-autoritären Konstellation	166
Literatur	175

Dank

Wir möchten uns beim Fonds zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung (FWF) für die Finanzierung des Projektes *Political and Media Populism* (POP-MED, Projektnummer I 4105) bedanken, dessen Ergebnisse in vielen Bereichen die Grundlagen dieses Buches bilden. Bei der Erstellung des Buchmanuskripts haben uns Iris Weißenböck und Sezan Eyrich unterstützt – unseren aufrichtigen Dank dafür. Ein spezielles Dankschön geht an Stefan Nowotny von Goldsmiths, University of London, der uns in den Schreibpausen in Malaga mit Filmen über den spanischen und portugiesischen Faschismus eindringlich diktatorische Regime weißer Männer vor Augen geführt hat.

1. Männlichkeit und die autoritäre politische Rechte: Einleitung

»Ja, wir wollen Helden! Wann genau haben Männer eigentlich begonnen, Memmen zu werden?« (Birgit Kelle 2016)

In einem Gastkommentar des Wochenmagazins *Focus* stellt die einer medialen Öffentlichkeit vertraute Anti-Gender-Aktivistin und CDU-Mitglied Birgit Kelle, bekannt durch ihre Bücher *Dann mach doch mal die Bluse zu* (Kelle 2013) und *GenderGaga* (Kelle 2015), die obige Frage als Reaktion auf gewalttätige Übergriffe auf weiße Frauen durch zugewanderte Männer. Kelle diagnostiziert: Wenn weiße Männer nicht mehr ihre Fäuste gebrauchen, um weiße Frauen zu schützen, dann gibt es in Deutschland keine richtigen Männer mehr. Und sie sieht dies als Folge der Frauenbewegung. Daran schließt sich ihre logische Forderung nach »Helden« an. Der Topos des verweichlichten Mannes, der weiße Frauen nicht mehr schützen könne, wird im Gespräch zwischen Björn Höcke, dem Thüringischen Landesvorsitzenden der *Alternative für Deutschland* (AfD), und Sebastian Hennig (Höcke 2018: 114) gerne aufgegriffen und weitergetrieben. Höcke beklagt den »identitäts-gestörten Mann«, der in Deutschland zu »zehn Prozent« als »verkrampter Macho« und zu »achtzig Prozent« als »Weichei« auftrete. Dieses Zitierkartell aus selbsternannter »Anti-Genderistin« und autoritärem Rechten ist nicht zufällig, sondern symptomatisch für die Positionierung der autoritären Rechten in Diskurskoalitionen und affektiven Verbindungen einer neuartigen antifeministischen, maskulinistisch-autoritären Konjunktur. Darum soll es in diesem Buch gehen.

Seit der Jahrtausendwende sind europäische Staaten, aber auch Länder in anderen Regionen der Welt mit dem Erstarken oder der Entstehung von rechtsextremen, rechtspopulistischen, nationalistischen und autoritären Parteien und Bewegungen konfrontiert.¹ Die politikwissenschaftliche

1 Die Bezeichnung der »neuen« rechten Parteien variiert in der Literatur: Als rechtsextrem gelten Parteien mit einer Ideologie, die (soziale, ethnische) Ungleichheit als natürlich propagiert; rechtspopulistisch bezeichnet eine (Modernisierungs-)Strategie rechter Parteien, die darauf ab-

Ursachensuche für den Aufschwung der Rechten in Europa setzt bei der Transformation des Parteiensystems seit den 1970er Jahren an, bei der Oligarchisierung und Kartellisierung der sogenannten Volksparteien und der Entstehung einer »politischen Klasse«, die eher am eigenen Interesse des Machterhalts als an den Bedürfnissen der Wähler:innenschaft orientiert ist (von Beyme 1996; Müller 2016a: 24). Dieser Prozess erfasste in den 1980er Jahren alle Parteien und führte zum allmählichen Verlust des Repräsentationspotenzials etablierter Volksparteien. Vor diesem Hintergrund entstanden »Protestparteien« und »-bewegungen« – in vielen europäischen Ländern grüne Gruppierungen, in einigen Ländern aber auch rechte Parteien (von Beyme 1996).

Die Zuspitzung einer »postdemokratischen« Situation (Rancière 2002; Crouch 2008), also die schleichende Entkernung bzw. Aushöhlung und Entmachtung von Parlamenten sowie die Verlagerung politischer Entscheidungen in Gremien jenseits demokratisch legitimierter Institutionen, verschärfte die Kluft zwischen Repräsentierten und Repräsentant:innen und führte, wie es Paula Diehl (2016) nennt, zu einer »Krise der demokratischen Repräsentation«. Phänomene wie sinkende Wahlbeteiligung, schwindendes Vertrauen in politische Entscheidungsorgane und Akteur:innen sowie Protestwahlen waren die Folgen. Chantal Mouffe (2008: 11) sieht den europäischen Rechtspopulismus daher als Indikator und Phänomen einer »post-politischen Krise«: Die Orientierung an einer politischen Mitte, insbesondere der sozialdemokratische Dritte Weg in Großbritannien und Deutschland, trug nach Mouffe dazu bei, dass das Politische stillgestellt wurde. Eine Politik des Konsenses statt politischer Kontroverse habe eine Entpolitisierung befördert und eine Leerstelle produziert, die rechtspopulistische Parteien mit ihren neuen Antagonismen zu füllen in der Lage waren (ebd.: 85 ff.). In diesem »populistischen Moment« (ebd.: 11) besäßen rechte Parteien und Organisationen strukturelle Ähnlichkeiten mit sozialen Bewegungen der 1970er Jahre und seien daher als Teil neuer »postdemokratischer ›Empörungsbewegungen« (Ullrich 2015: 8 ff.) zu begreifen.

zielt, durch Antagonismen (z.B. »wir« gegen »die da oben«) eine Illusion oder Imagination des Volkes herzustellen, oft mit nationalistischen Vorstellungen; die Bezeichnung autoritär-populistisch weist darauf hin, dass diese Konstruktion des Volkes mit autoritären Vorstellungen von Politik, Staatlichkeit und Gesellschaft verbunden ist. In diesem Buch sprechen wir vorwiegend von der autoritären Rechten, um die Dimension und Gefahr der Autoritarisierung hervorzuheben.

Doch erst der Wandel der »alten« Rechten in »neu-rechte« Parteien, erst die Transition realsozialistischer Staaten in Parteiendemokratien (Minkenberg 2015) sowie die neoliberale ökonomische Globalisierung, der Abbau europäischer Sozialstaaten und eine globale Mobilisierung zur Migration bildeten ab den 1990er Jahren ein Gelegenheitsfenster für die Wahlerfolge rechtspopulistischer und -autoritärer Parteien.

Der Begriff Rechtspopulismus verweist dabei auf eine spezifische Strategie der neuen Rechten, auf eine strategische »Innovation«, nämlich den diskursiven Einsatz eines vertikalen Antagonismus, die Herstellung eines »Wir«, das gegen politische Eliten, das sogenannte Establishment oder die sogenannte »Lügenpresse« (Mudde 2004: 543) in Stellung gebracht wird. Rechtspopulistische Parteien und Bewegungen sind zudem durch einen zweiten, nämlich horizontalen Antagonismus charakterisiert, durch den Gegensatz zwischen dem »Wir« und den »Anderen«, seien dies Migrant:innen, Asylsuchende, Muslim:innen, LGBTIQ-Personen oder Feminist:innen. Und sowohl die Eliten als auch die »Anderen« stellen eine Bedrohung des autochthonen Volkes dar, das in diesem antagonistischen Diskurs entstehen soll. Diese binären und ausschließenden Gegensätze zielen auf die Konstruktion eines »moralisch reine[n], homogene[n] Volkes« ab (Müller 2016b: 42), das sich im Widerspruch zu den Mächtigen »da oben« und zu den auszuschließenden »Anderen« befindet. Cas Mudde (2019: 27) erwähnt schließlich ein drittes Merkmal rechtspopulistischer Parteien, nämlich ihren autoritären Charakter, den wir ins Zentrum unserer Analyse stellen wollen, geht es doch unseres Erachtens in der Kritik rechter Diskurse und Politiken vor allem darum, die Gefahren eines Umbaus liberaler Demokratien in autoritäre Systeme – wie er etwa in Polen oder in der »Wahlautokratie« Ungarn² in Gang gekommen ist – in den Blick zu nehmen.

Kenner:innen der rechten Szene in Deutschland und Österreich betonen allerdings die Kontinuitäten rechter Parteien, Gruppierungen, Bewegungen und ideologischer Strömungen (Stöss 2005; Weiß 2018; Birsl 2011). In seiner erhellenden Studie über rechte und rechtsextreme Gruppierungen in Deutschland seit dem frühen 20. Jahrhundert gelingt es Volker Weiß (2018), das ideologische Erbe der heutigen autoritären Rechten wie auch deren Aneignungen der Narrative und Vorstellungen der »konservativen Revolution« überzeugend darzulegen. Allerdings, so Weiß, zeichnet sich der derzeitige »rechts-autoritäre Moment« durch eine Kulmination von gesellschaftlichen

2 Die Bezeichnung entstammt dem Europäischen Parlament.

Entwicklungen und rechten ideologischen Vorbereitungsdiskursen und -aktivitäten aus. Für Weiß gab das Buch des ehemaligen SPD-Mitglieds Thilo Sarrazin *Deutschland schafft sich ab* aus dem Jahr 2010 einer »latente[n] bürgerliche[n] Krisenstimmung« Ausdruck und Begriffe (Weiß 2018: 10) und ließ die AfD und *Pegida* (*Patriotische Europäer gegen die Islamisierung des Abendlands*) entstehen. Auch die *Freiheitliche Partei Österreichs* (FPÖ) und die *Identitären Bewegungen* in beiden Ländern – die sich aktivistisch-provokativ und mit popkulturellen Anspielungen im rechten Kulturkampf engagieren – wuchsen und konnten Aufmerksamkeit gewinnen. Diese Krisenstimmung verdichtet sich – in unserer Begrifflichkeit – zu einer rechts-autoritären Konjunktur.

Rechten Parteien und Bewegungen in Europa geht es um mehr als nur eine restriktive Immigrations- oder konservative Familienpolitik, um Wähler:innenstimmen zu gewinnen. Das nationalistische und autoritäre Projekt der politischen Rechten geht über den Ausschluss von Migrant:innen oder LGBTIQ-Personen hinaus. Rechte Gruppierungen zielen vielmehr darauf, die Länder der EU in Richtung eines national-autoritären bzw. »national-sozialen« Projektes (Balibar 2010) umzubauen und liberale Demokratien zu beseitigen. Die Ausgrenzung von Personengruppen, die Konstruktion der »Anderen« ist somit Teil einer Strategie, um für diesen Umbau Konsens herzustellen, also autoritäre und ausschließende Diskurse und Praktiken zum Common Sense zu machen. Das Konzept des »autoritären Populismus«, wie es Stuart Hall (1985) für die Charakterisierung der Thatcher-Regierung prägte, macht schließlich auf ein bereits existierendes »autoritäres Begehren«, auf einen autoritären Common Sense und den Wunsch nach Law and Order im Neoliberalismus aufmerksam. An diese Denktradition schließen wir aus einer feministischen Perspektive an.

Die moralische Aufladung von Antagonismen durch die autoritäre Rechte variiert sowohl historisch als auch im internationalen Vergleich sehr stark. Paul Taggart (2003: 8) spricht von einer »chamäleonartigen« Natur des rechten Populismus, der sich – weitgehend ohne eigene Programmatik – die jeweiligen geschichtlichen und nationalen Kontexte zunutze machen muss. In Anbetracht dessen stellen wir auf keine globalen Verallgemeinerungen ab, sondern beschränken uns in dieser Studie darauf, die deutschen und österreichischen autoritär-rechten Diskurse und Praktiken der letzten 20 Jahre genauer zu betrachten. Wir wollen auch keinen systematischen Vergleich der autoritären Rechten in den beiden Ländern vorlegen, sondern auf Gemeinsamkeiten, partielle Kooperationen, aber auch nationale Unterschie-

de verweisen. Eine systematische komparative Perspektive auf beide Länder gestaltet sich nicht zuletzt deshalb schwierig, weil die »Gemengelage der deutschen Rechten« wie auch der österreichischen komplex ist, die autoritäre Rechte in beiden Ländern aber auch miteinander verflochten ist (Weiß 2018: 21).

Beide Länder gelten – etwa im Vergleich zu den USA – als starke (Sozial-)Staatsmodelle (Tálos 2004), und beide Länder zeichnen sich spätestens seit den 1990er Jahren durch einen neoliberalen Umbau und die Finanzialisierung der Ökonomie aus, die Sozialabbau, Deregulierung und die Stärkung marktwirtschaftlicher Prinzipien mit sich brachten, allerdings ohne dass der starke Staat verschwunden wäre. Deutschland und Österreich werden als konservative Sozialstaaten (Esping-Andersen 1990) bezeichnet und haben ein »starkes Familien-Ernährer-Regime« (Ostner/Lewis 1995). Beide Länder sind also, wie kaum andere Länder in Europa, durch einen ausgeprägten Familialismus miteinander verbunden, der Geschlechterhierarchien perpetuiert und das Wohl der Kinder am besten in der heterosexuellen Kleinfamilie aufgehoben sieht (Appelt 1997: 117).

Trotz dieser Gemeinsamkeiten und einer gemeinsamen NS-Vergangenheit unterscheiden sich die Geschichten autoritär-rechter Parteien und Bewegungen in den beiden Ländern gravierend. In Österreich sind durchgehend seit den späten 1940er Jahren – beginnend mit dem *Verband der Unabhängigen* (VdU), der Vorgängerpartei der FPÖ – rechtsextreme Gruppierungen im Parlament vertreten, und die FPÖ unter Jörg Haider wuchs in den 1980er Jahren zu einer bedeutenden rechtspopulistischen Kraft an, die in weiterer Folge mehrmals an Regierungen beteiligt war.³ Die FPÖ spaltete sich im Jahr 2005 auf, und unter Haiders Führung formierte sich das *Bündnis Zukunft Österreich* (BZÖ), das nach dem Unfalltod Haiders im Jahr 2008 wieder sukzessive in die FPÖ, nunmehr unter Bundesparteibobmann Heinz-Christian Strache, integriert wurde.⁴ Die Querelen in FPÖ und BZÖ nahm der austrokanadische Industrielle Frank Stronach zum Anlass, um zu den Wahlen 2013 seine eigene Partei *Team Stronach* zu gründen, die heute weitgehend aufgelöst ist.

³ Zu Vorgeschichte, Entstehung und programmatischen Wandlungen der FPÖ siehe Pelinka (2019: 134 ff.). Der Autor betont, dass die FPÖ im Unterschied zu den anderen rechtspopulistischen Parteien Europas »eine eindeutig rechtsextreme Wurzel« hat (ebd.: 133).

⁴ Zum Wandel der politischen Rhetorik zwischen der FPÖ unter Haider und der Führerschaft Straches, und zwar in Richtung Islamophobie, siehe Krzyzanowski (2013: 140 ff.).

Demgegenüber gelangen in Deutschland beispielsweise weder der 1964 ins Leben gerufenen *Nationaldemokratischen Partei* (NPD) noch den *Republikanern*, gegründet 1983, auch nur ansatzweise solche Erfolge. Deutschland schien lange Zeit immun gegen rechtsextreme politische Parteien. Doch die Wahlerfolge der im Jahr 2013 gebildeten AfD⁵ und der Zulauf zur Anti-Islam-Bewegung *Pegida*, die sich im Herbst 2014 formierte,⁶ zeigen, dass dies nicht mehr der Fall ist. Die zahllosen Initiativen rechter Akteur:innen, die Weiß instruktiv nachzeichnet, fanden eine erfolgreiche Institutionalisierung. Der »radikalen Rechten« in Deutschland ist es gelungen, sich mit einem »bürgerlichen Profil« zu revitalisieren und parlamentarisch zu etablieren (Weiß 2018: 74).

Die Migrationsbewegungen 2015, verursacht durch die Flucht aus den Bürgerkriegsländern Syrien, Irak und Afghanistan entlang der sogenannten Balkan-Route, führten nicht nur zu gemeinsamen Hilfsaktionen und Bewältigungsstrategien in Deutschland und Österreich, sondern zogen auch (nach dem jähen Abklingen einer »Willkommenskultur«; Harder/Opratto 2022) einen deutlichen Aufschwung autoritärer und rechtspopulistischer Kräfte nach sich, die mit antimigrantischen und antimuslimischen Ressentiments gegen die Zuwanderung mobilisierten. Eine »Kultur der Ablehnung« wurde allmählich hegemonial (Opratto 2021).⁷ Bei den Nationalratswahlen im Jahr 2017, inmitten der diskursiv als »Krise« zugespitzten Situation, erhielt die FPÖ unter der Führung von Heinz-Christian Strache etwa gleich viele Wähler:innenstimmen (26 Prozent) wie die *Sozialdemokratische Partei* (SPÖ) und konnte mit der stimmenstärksten Partei, der *Österreichischen Volkspartei* (ÖVP), unter der Kanzlerschaft von Sebastian Kurz eine Koalitionsregierung bilden (die 2019 allerdings ruhmlos durch den sogenannten Ibiza-Skandal

5 Die bereits bei der Gründung präsente völkisch-nationale Strömung der AfD gewann im Juli 2015 mit der Wahl Frauke Petrys zur Parteivorsitzenden Oberhand (Weiß 2018: 90). Die Partei entwickelte sich schließlich »zur parlamentarischen Plattform« für die »Kulturrevolution von rechts« (ebd.: 92).

6 Versuche, auch in Österreich eine solche Anti-Islam-Massenbewegung auf die Beine zu stellen, scheiterten nicht zuletzt an der FPÖ, die das rechte Lager für sich alleine beansprucht. *Pegida* in Deutschland wurde schließlich ab 2016 von der AfD »absorbiert«, nachdem die Demonstrationen für die AfD-Mobilisierung unschätzbare Dienste geleistet hatten (Weiß 2018: 145 f.).

7 Das Forschungsprojekt *Cultures of Rejection* (<https://www.culturesofrejection.net/>) analysierte die Bedingungen für die Akzeptabilität von Ablehnung und Ausschluss in fünf europäischen Ländern.

beendet wurde⁸). Auch die *Identitäre Bewegung Österreich* (IBÖ) formte sich in Reaktion auf die Fluchtbewegungen des Sommers 2015.⁹ Mit der Zuwanderungsfrage als Kernthema begann parallel dazu auch die deutsche AfD, beachtliche Wahlerfolge (im zweistelligen Prozentbereich) zu erzielen – ab 2016 bei Landtagswahlen und 2017 schließlich auch bei der Bundestagswahl. Im Jahr 2022 verfügte die AfD über eine große Fraktion (mit 79 Sitzen) im Bundestag und war in 15 Länderparlamenten vertreten. Der rechtsextreme »Flügel« der AfD, gegründet 2015, wurde zwar im Jahr 2020 auf Betreiben des damaligen AfD-Vorsitzenden Jörg Meuthen verboten und der prominente »Flügel«-Vertreter Andreas Kalbitz aus der Partei ausgeschlossen, dennoch sieht der bundesdeutsche Verfassungsschutz die Partei als einen Verdachtsfall für Rechtsextremismus und stellte sie unter Beobachtung.

Die Verschärfungen der Asyl- und Zuwanderungsgesetze in Deutschland und Österreich in den letzten Jahren machen zudem deutlich, dass die Mainstream-Parteien durchaus bereit sind, rechts-autoritäre Forderungen in Politiken zu gießen, nicht zuletzt dort, wo sie mit rechten Parteien Regierungen bilden, wie in Österreich. Ruth Wodak (2020) bezeichnet dies als »Normalisierung« rechter Denkformen und politischer Strategien. Für Österreich hat Natascha Strobl (2021) den Rechtstrend der Kurz-ÖVP als

8 Der damalige Vizekanzler und FPÖ-Parteivorsitzende Heinz-Christian Strache sowie der FPÖ-Fraktionschef Johann Gudenus zeigten auf heimlich aufgenommenen Videoaufzeichnungen beim Treffen mit einer vermeintlich reichen russischen Oligarchennichte auf der Mittelmeerinsel Ibiza den deutlichen Willen zur Korruption und zum Ausverkauf der Boulevardzeitung *Neue Kronen-Zeitung*. Nach Veröffentlichung des Videos im Mai 2019 zerbrach die Regierungskoalition mit der ÖVP und beide FPÖ-Politiker mussten von ihren Posten zurücktreten.

9 Erste *Identitäre Bewegungen* wurden in Italien und Frankreich zu Beginn des 21. Jahrhunderts gegründet. In Österreich wurde die Bewegung deutlich stärker bzw. konnte sie mehr öffentliche Aufmerksamkeit erringen als in Deutschland, auch wenn Letztere von Götz Kubitschek finanziell unterstützt wurde. Während AfD und FPÖ zunächst zurückhaltend gegenüber der rechten »Jugendbewegung« agierten und Unvereinbarkeiten betonten (Weiß 2018: 94 ff.), nutzten schließlich beide Parteien – vor allem die FPÖ – den aktivistischen Impuls der Bewegungen für ihre eigenen Anti-Migrationskampagnen. Für die FPÖ sind zahlreiche personelle Überschneidungen und Kooperationen bekannt (SOS Mitmensch 2019), und auch die AfD pflegt Verbindungen zur IBD (Baack 2018: 112). In Österreich sind die Symbole der *Identitären Bewegung* mittlerweile verboten, seit bekannt wurde, dass ihr Anführer Martin Sellner den Attentäter von Christchurch finanziell unterstützte. Die Ausweichorganisation *Die Österreicher – DO5* (Liebhart 2021: 141, 156), eine Namensaneignung einer österreichischen bürgerlich-konservativen Widerstandsgruppe gegen das NS-Regime, ist ebenfalls dem rechts-autoritären Spektrum zuzuordnen. Sellner engagiert sich seither stärker in Deutschland (Weiß 2018: 106). Auch die deutsche *Identitäre Bewegung* wird seit 2019 vom Verfassungsschutz beobachtet.

»radikalisierten Konservatismus« bezeichnet. Offenbar sind auch manche konservative Parteien daran beteiligt, eine autoritäre Konjunktur zu formen.

Allerdings ist die Themenwahl autoritär-rechter Parteien und Bewegungen nicht auf Migrationsfragen beschränkt, sondern, wie schon erwähnt, durchaus flexibel. Schienen AfD und FPÖ ihr zentrales mobilisierendes Thema mit dem Ausbruch der Covid-Pandemie 2020 verloren zu haben, so versuchten sich beide Parteien (mit weit größerem Erfolg für die FPÖ als für die AfD), im Laufe des ersten Pandemiejahres an die Spitze der Bewegungen gegen Regierungsmaßnahmen zur Virusbekämpfung zu setzen. Auch die Pandemie nutzten die autoritären Rechten, um Antagonismen der Ausgrenzung und Widersprüche zu produzieren, vor allem aber um Verschwörungserzählungen zu lancieren und zu verstärken.

Trotz des flexiblen Themenspektrums der autoritären Rechten stellt sich die Frage, weshalb wir Geschlecht und Sexualität so zentral für deren Strategien und ihre aktuellen Mobilisierungserfolge setzen. Sind es nicht eher Anti-Migrationsressentiments und das Feindbild Islam, die autoritär-rechte Akteur:innen bewegen und ihnen Zuspruch bei Wähler:innen verschaffen? Wie allerdings Weiß (2018: 16 ff.) nachweist, ist es nicht vorrangig der Islam, den die autoritäre Rechte in Deutschland als Bedrohung sieht; als weit gefährlicher gilt der identitätsbedrohende Individualismus der westlichen Moderne und damit auch der Kampf um Emanzipation. Geschlecht, Sexualität, Körperlichkeit und Affekte stellen seit Längerem schon zentrale Register der populistischen Mobilisierung der autoritären Rechten dar, eben weil die Emanzipationsbewegungen feste Identitätszuschreibungen ablehnen und sie aufzulösen suchen. Geschlechter- und Sexualitätsverhältnisse nehmen im Kampf um kulturelle Hegemonie sowie um neue Staatsverhältnisse aus zwei Gründen eine prominente Rolle ein, wenn auch mit unterschiedlicher Deutlichkeit in europäischen Ländern: Zum einen kann die Rechte mit diesen Themen an (körperliche) Alltagserfahrungen der Menschen anknüpfen, und zum anderen lassen sich mit diesen Themen Fragen von (individueller und kollektiver) Identität illustrieren und verhandeln.

Das Ziel einer »autoritären Revolte«, die die Rechte in Deutschland anstrebt, gründet nicht zuletzt in Fantasien heroischer Männlichkeit (Weiß 2018: 79). Wir begreifen deshalb das Phänomen des autoritären Populismus als genuin vergeschlechtlicht, als ein Phänomen, das erst aus der Transformation gesellschaftlicher Geschlechterstrukturen in europäischen Demokratien verständlich wird und nicht nur aus ökonomischen Ent-

wicklungen, schon gar nicht allein aus individuellen Wahlpräferenzen der Bürger:innen abgeleitet und auch nicht allein als Folge von parteipolitischem Kalkül erklärt werden kann. Unsere gesellschaftstheoretisch informierte geschlechterkritische Analyse verweist vielmehr auf das Zusammenspiel von ökonomischen Transformationen, sozialen Kämpfen und Veränderungen von Geschlechter- und Sexualitätsregimen als Erklärungsfaktoren für den Erfolg autoritär-rechter Parteien – also nicht allein auf eine ökonomische Verunsicherungsthese (ähnlich Müller 2016b: 33). Schon recht früh haben Christine Wimbauer und Kolleg:innen (Wimbauer u.a. 2015) prekarisierungstheoretische Erklärungen für die Anti-Gender-Mobilisierung formuliert. Für die Prozesse der Aneignung der Anti-Gender-Strategie durch die autoritäre Rechte im Kontext von Transformationsprozessen der letzten 20 Jahre verwenden wir, in Anlehnung an Antonio Gramsci (1983¹⁰), Stuart Hall (1987) und Lawrence Grossberg (2019), die Bezeichnung Konjunktur. Das Konjunkturkonzept erlaubt es, ökonomische, gesellschaftliche und kulturelle Veränderungen nicht als »Ursachen« der Entstehung und des Erstarkens der autoritären Rechten zu begreifen, sondern als einen historischen Moment – der durchaus ein längerer Prozess sein kann –, in dem es diesen Akteur:innen gelingt, die Transformationen zu deuten und damit öffentliche Aufmerksamkeit und Wählerschaft zu gewinnen. Mit dem Konjunkturkonzept wollen wir zudem herausarbeiten, dass die autoritäre Rechte gleichsam aus unbearbeiteten Widersprüchen in der Mitte der Gesellschaft und nicht an einem »abgehängten Rand« entsteht und (re-)produziert wird. Die Theorieperspektive der Verbindung von Ökonomie und Subjekt, die auch Adorno (2019) in seinem Wiener Vortrag über den »neuen Rechtsradikalismus« im Jahr 1967 einnimmt, soll uns erlauben, die Geschlechter- und Sexualitätsdimension des rechts-autoritären Phänomens gesellschaftstheoretisch zu fundieren. Im Unterschied zu Susanne Kaiser (2020), die zeigt, dass die neu entstehende »politische Männlichkeit« als terroristisch zu qualifizieren ist und daher vor Gericht gehört, geht es uns gerade um die Alltäglichkeit dieser Gewalt.

In der (politik-)wissenschaftlichen Diskussion hat eine geschlechtersensible Sichtweise mittlerweile etwas Fuß gefasst. Autoritär-rechte Parteien werden in jüngster Zeit als »Männerparteien« wahrgenommen (Ames-

10 Die *Gefängnishefte* des italienischen Kommunisten Gramsci entstanden zwischen 1929 und 1935 während seiner Inhaftierung durch die italienischen Faschisten und wurden erst zehn Jahre nach seinem Tod zum ersten Mal veröffentlicht.

berger/Halbmayer 2002: 347 ff.), auch wenn diese Zuschreibung durchaus kontrovers gesehen wird (Mudde/Rovira Kaltwasser 2015). Folgende Indikatoren sprechen dafür, rechte Parteien als Männerparteien zu qualifizieren: Die Mehrheit der Parteimitglieder wie auch der Repräsentanten rechts-autoritärer Parteien in Parlamenten sind Männer, nicht zuletzt, weil sie Quotenregelungen – so wie die AfD und die FPÖ – ablehnen. Rechte Parteien werden außerdem in der Tendenz eher von Männern als von Frauen gewählt (Immerzeel u.a. 2015). Allerdings variiert dieser »right-wing populist gender voting gap« in nationalen Kontexten, und er hat sich in manchen Ländern, wie beispielsweise Frankreich, in den letzten Jahren geschlossen (Spierings/Zaslave 2017: 839; Meyer 2013). Darüber hinaus vertreten Programme rechts-autoritärer Parteien eher männliche Interessen. Die substanzielle Repräsentation von Frauen, also das Handeln für Frauen- und Gleichstellungspolitik ist in rechts-autoritären Parteien gering ausgeprägt. Sie ziehen tendenziell Familienpolitik der Gleichstellungspolitik vor, obwohl manche ihrer sozialpolitischen Vorschläge auch für Frauen attraktiv sein können (z.B. Kaphegyi 2022). Schließlich haben rechte Parteien mehrheitlich »männliche charismatische« Führungsfiguren (Erzeel/Rashkova 2017: 813), so wie der frühere FPÖ-Chef Jörg Haider, die maskulinistische Denk- und Handlungsweisen verkörpern. Maskulinistische Führung kann allerdings durchaus ambivalent sein, beispielsweise Stereotypen des »strong man« bedienen oder in der Verkörperung einer jungen und dynamischen Männlichkeit erfolgen, wie Ov Cristian Norocel (2010: 180) argumentiert. Ein maskulinistischer Führungsstil kann auch durch eine aggressive Weiblichkeit performiert werden, wie durch Giorgia Melonis »Ich bin Giorgia! Ich bin eine Frau! Ich bin eine Mutter! Ich bin eine Christin!« im Jahr 2019 in Rom. Maskulinistische Politiker:innen können sich aggressiver Strategien, wie beispielsweise der Forderung des Ausschlusses bestimmter sozialer Gruppen, bedienen, sie können aber auch Rationalität und Vernunftmäßigkeit betonen, beispielsweise um emotionalisierte Gruppen (seien dies Frauen oder proletarisierte Massen) zu stigmatisieren.

Eine solche maskulinistische Praxis kann also unabhängig vom biologisch zugeschriebenen Geschlecht von allen Menschen angeeignet werden, so dass auch weibliche Führungspersonen rechts-autoritärer Parteien partiell diesen Führungsstil nutzen können. Die Zahl dieser weiblichen Führungskräfte ist in jüngster Zeit sichtbar angestiegen. Frauen in rechts-autoritären Parteien tragen zunehmend ihren Vertretungs- und Repräsentationsanspruch offensiv vor und übernehmen Führungsaufgaben (Meret